



Landesausschuss für Berufsbildung Hamburg

Beschluss Nr. 11/ 6 vom 26.3.2019

zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für berufliche Schulen an der Universität Hamburg

Der Landesausschuss für Berufsbildung¹ empfiehlt dem Hamburger Senat,

- auf die Universität Hamburg mit dem Ziel einzuwirken, die strukturelle Weiterentwicklung des Instituts für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (IBW) verantwortungsvoll zu betreiben und für alle Fachrichtungen (insbesondere auch im Bereich der personennahen Dienstleistungen) eine zukunftstaugliche, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für berufliche Schulen zu garantieren,
- im Rahmen der Re-Zertifizierung des Teilstudiengangs Erziehungswissenschaft für das Lehramt an berufsbildenden Schulen (im Akkreditierungsprozess) insbesondere auf die Qualität der fachdidaktischen Module besonderen Wert zu legen.
- zu einem Gespräch zwischen dem Präsidenten der Universität Hamburg und den Hauspartnern der Hamburger Partner der schulischen und betrieblichen Berufsbildung mit dem Ziel einzuladen, die gestiegenen Bedarfe und Herausforderungen der Berufspraxis an den beruflichen Schulen zu verdeutlichen (Fachkräftemangel, enorm beschleunigte Innovationszyklen der Berufs- und Arbeitswelt, Lebenslanges Lernen, Inklusion, Integration etc.),
- sofern der Präsident der Universität Hamburg auch dieses Gespräch verweigert², die Haushaltsmittel für das IBW gemäß § 6 (1) HmbHG aus dem Grundbudget der Universität Hamburg zu lösen und ausschließlich als indikatoren gesteuertes Leistungsbudget zuzuweisen.

Begründung:

Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) verfolgt die kompromisslose Umsetzung des sogenannten „Baumert-Gutachtens“ zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für berufliche Schulen an der Universität Hamburg mit großer Sorge.

¹ Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Gremium und wird bei der jeweiligen Landesregierung errichtet (§ 82 Abs. BBiG). Das Gremium ist drittelparitätisch besetzt und hat die Aufgabe die Landesregierung in Fragen der Berufsbildung zu beraten. Nach § 83 (2) BBiG „hat (er) insbesondere im Interesse einer einheitlichen Berufsbildung auf eine Zusammenarbeit zwischen der schulischen Berufsbildung und der Berufsbildung nach diesem Gesetz sowie auf eine Berücksichtigung der Berufsbildung bei der Neuordnung und Weiterentwicklung des Schulwesens hinzuwirken. Der Landesausschuss kann zur Stärkung der regionalen Ausbildungs- und Beschäftigungssituation Empfehlungen zur inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung und zur Verbesserung der Ausbildungsangebote aussprechen.“

² Auf bisherige Schreiben der Partner der Berufsbildung in Hamburg mit Gesprächsangebot, ist der Präsident der UHH nicht eingegangen.



Landesausschuss für Berufsbildung Hamburg

Es sollte der Universität Hamburg gelingen können, Exzellenz-Initiative und Erfüllung der universitären Pflichtaufgaben gem. § 4 (1) HmbHG in qualitativer und quantitativer Hinsicht in Einklang zu bringen.

Lehre und Forschung sind aus Sicht des LAB tragende Säulen eines erfolgreichen Hochschulbetriebs. In der Lehrerausbildung ist jedoch ein besonderer Fokus auf die Lehre zu richten. Ein enger Zusammenhang von forschungsbasierter Lehre und praxisbezogener Forschung ist die Voraussetzung einer wissenschaftlich fundierten Lehrerbildung. Dies gilt im besonderen Maße für die didaktische Ausbildung von Lehrkräften an berufsbildenden Schulen.

- Die angestrebte Reduzierung der Ausstattung (insbesondere der Professorenstellen) des Instituts für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (IBW) droht die Lehrerbildung im Bereich der beruflichen Bildung nachhaltig zu schwächen. Die bisher bekannt gewordenen Planungen zur Neuorganisation des IBW zeigen deutlich, dass hier dem Ziel der Umwidmung von Ressourcen in andere Bereiche der Vorzug gegeben wird.
- Die angestrebte Bündelung der Fachdidaktiken in eine *Berufspädagogik, insbesondere für technische Berufe*, in der die Fachdidaktiken Chemietechnik, Metalltechnik, Elektro- und Informationstechnik, Bau-/Holztechnik und Medientechnik in einer Professur zusammengefasst werden, kann aus berufspraktischer Perspektive nicht nachvollzogen werden. Der LAB befürchtet, dass in diesem Modell die nötigen berufsspezifischen Ausprägungen der Lehre nicht in der nötigen Qualität darstellbar sind und die dringend nötige Innovationskraft zur Weiterentwicklung des Unterrichts an den beruflichen Schulen nicht entfaltet werden kann.
- Die vorgesehenen Voraussetzungen für die Besetzung von Professuren zielen auf Bedingungen ab, die für weite Bereiche der universitären Lehre und Forschung üblich sind, aber die spezifischen Bedingungen der Lehrerbildung, insbesondere im berufsbildenden Bereich, nicht berücksichtigen. Die duale Ausbildung hat im europäischen und internationalen Kontext einen hervorragenden Ruf, kennt aber kaum vergleichbare Strukturen und entsprechend auch kaum – mit anderen Forschungsbereichen vergleichbare – internationale Publikationsorgane. Drittmittel werden in der Regel nicht über DFG-Projekte eingeworben, sondern über Mittel des BIBB und Mittel des BMBF. Die begrüßenswerte Idee der Stärkung der Forschung zielt hier ins Leere.

Der Landesausschuss für Berufsbildung lehnt die voran beschriebenen Planungen daher ab.

Das Vorhandensein bestqualifizierter Lehrerinnen und Lehrer ist eine zentrale Gelingensbedingung, um auch zukünftig die berufliche Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte sicherstellen zu können.

Die Anschlussfähigkeit der beruflichen Aus- und Weiterbildung an die enorm beschleunigten Innovationszyklen der Berufs- und Arbeitswelt, die notwendigerweise fortschreitende Reform des Übergangs Schule–Beruf, die Umsetzung der Pflegeberufereform und Bewältigung neuer Herausforderungen, wie der Integration neu zugewanderter Auszubildender oder der inklusiven Ausge-



Landesausschuss für Berufsbildung Hamburg

staltung der Berufsausbildung, hängt davon ab, dass alle Partner der Berufsbildung in diesem Reformprozess auf hohem Niveau und verlässlich miteinander kooperieren. Eine Schwächung des IBW schwächt zugleich den wissenschaftlichen Beitrag in diesen Reformprozessen.